

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

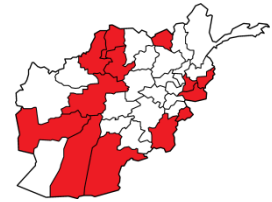
# Briefing Notes

15. Januar 2018

### Afghanistan

#### Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen wie Luft- und Drohnenangriffen, Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. In der vergangenen Woche waren folgende Provinzen betroffen: Kunar (Osten, hier kam es in der vergangenen Woche erneut zu Raketenbeschuss von pakistanischer Seite, sog. cross-border shelling, wobei regelmäßig auch Zivilisten zu Schaden kommen; außerdem gab es in der Provinz Kämpfe zwischen IS und ALP), Nangarhar, Laghman (Osten), Kandahar, Helmand (Süden), Farah, Ghor (Westen), Paktika, Khost (Südosten), Kunduz (Nordosten), Faryab, Sar-i-Pul (Norden) sowie Jawzjan (Norden, hier kam es zu Kämpfen zwischen Taliban und IS).



#### Anschläge und Übergriffe

Am 09.01.18 verbrannten Aufständische in der Provinz Samangan (Norden) zwei Kohletransporter und nahmen deren Fahrer als Geiseln. In der Provinz Paktika (Südosten) wurde ein Selbstmordattentäter erschossen, bevor er sein Ziel erreichen konnte.

Am 10.01.18 erschossen Unbekannte in der Provinz Helmand (Süden) einen Geistlichen. Das Opfer hatte sich regelmäßig zu Fragen des Islams geäußert und sich nachdrücklich für Frieden eingesetzt. Im Distrikt Khogyani der Provinz Nangarhar (Osten) starb ein vierjähriges Mädchen bei der Explosion einer improvisierten Bombe.

Am 12.01.18 kamen bei einem Selbstmordanschlag in der Provinz Ghor (Westen) zwei Menschen um, sechs wurden verletzt.

#### Angebliche IS-Drohbriefe in Ghazni

Einwohner des Distrikts Qarabagh in der Provinz Ghazni (Südosten) berichteten, dass der IS hier Drohbriefe (sog. night letters) verteilt habe, in denen Personen, die die Taliban unterstützten, mit dem Tod bedroht würden. Ein Sprecher der Taliban erklärte, dass die Briefe nicht vom IS, sondern vom afghanischen Geheimdienst NDS seien. Es gäbe in Ghazni keine IS-Kämpfer, und falls doch, würden sie von den Taliban aufgespürt und vernichtet (die Abbildung eines Drohbriefes wurde von einer afghanischen Nachrichtenagentur veröffentlicht).

### EJR Mazedonien

#### Bewegung im Namensstreit mit Griechenland

Am 19.01.18 werden unter Schirmherrschaft der UNO in New York Gespräche mit Griechenland und Mazedonien geführt, um den Konflikt um den Staatsnamen zu lösen. Mit der Ablösung der national-konservativen Regierung unter Nikola Gruevski durch eine Koalition der Sozialdemokratischen Union (SDSM) unter Premierminister Zoran Zaev ist Bewegung in den Konflikt gekommen.

Die ehemalige Teilrepublik Jugoslawiens, die sich 1991 unter dem Namen „Republik Mazedonien“ für unabhängig erklärte, konnte wegen des Einspruchs Griechenlands nur unter dem Namen Former Yugoslav Republic of Macedonia (FYROM) (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien – EJR) der UNO beitreten. Den Staatsnamen Mazedonien begreift Griechenland sowohl als Bezeichnung einer nicht existenten Nation

wie auch als indirekten Territorialanspruch auf seine nördliche Region Makedonien, wo zu 90 % ethnische Slawen wohnen. Das Veto blockiert bislang sowohl den NATO-Beitritt als auch die Beitrittsverhandlungen mit der EU.

### **Ermittlungen gegen frühere Politiker und Staatsfunktionäre**

Die auf Aufklärung von Korruption und Verbrechen im Staatsamt spezialisierte Sonderstaatsanwaltschaft (SPO) hat im Dezember 2017 weitere Ermittlungen im Zusammenhang mit der Abhöraffaire gegen 17 ehemalige Politiker und Staatsfunktionäre eingeleitet. Unter den Betroffenen sind auch der frühere Chef des Geheimdienstes und der ehemalige Gesundheitsminister. Gegen den früheren mazedonischen Ministerpräsidenten und Chef der nationalkonservativen Partei VMRO-DPMNE, Nikola Gruevski, laufen bereits seit Mai 2017 Ermittlungen. Insgesamt hat die SPO über 120 Verfahren eingeleitet.

### **Sprachengesetz verabschiedet**

Das Parlament hat am 11.01.18 ein neues Sprachengesetz verabschiedet, das die offizielle Verwendung der albanischen Sprache im ganzen Land erweitert. Die Opposition hat den Staatspräsidenten aufgefordert, sein Veto gegen das neue Gesetz einzulegen, da es verfassungswidrig sei und gegen nationale Interessen verstoße.

Ethnische Albaner machen rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung von 2,1 Millionen aus. Bislang galt Albanisch als offizielle Sprache nur dort, wo Albaner 20 % der lokalen Bevölkerung ausmachen.

Das Gesetz war die wichtigste Bedingung der albanischen Parteien, eine Koalition mit der regierenden Sozialdemokratischen Union (SDSM) von Premierminister Zoran Zaev einzugehen. Dies führte im Frühjahr 2017 zu Massenprotesten und gipfelte schließlich in dem gewaltsamen Sturm auf das Parlament, nachdem ein Albaner zum Parlamentspräsidenten gewählt worden war.

## **Iran**

### **Überprüfung von Todesurteilen wegen Drogendelikten**

Justizchef Ayatollah Sadegh Amoli Larijani hat – so die Nachrichtenagentur Isna am 09.01.18 – eine Überprüfung aller wegen Drogendelikten verhängten Todesurteile angeordnet. Ausgenommen davon sind Drogenbosse. Überdies seien alle Hinrichtungen wegen Drogendelikten gestoppt worden. Wegen solcher droht nach Regierungsangaben 4.000 Menschen die Todesstrafe. Als Alternative sind längere Haftstrafen oder Zwangsarbeit geplant. Bislang bestand Ayatollah Larijani auf der Höchststrafe für Drogendealer, weil diese nach seiner Überzeugung Tausende Jugendliche in den Tod trieben und ihren Familien schweres Leid zufügten.

### **Rohani fordert Freilassung aller verhafteten Studenten**

Präsident Hassan Rohani hat die Freilassung aller während der regimekritischen Proteste der letzten Wochen inhaftierten Studenten (wohl über 100) gefordert. Das gab Wissenschaftsminister Mansour Gholami nach einer Kabinettsitzung am 10.01.18 bekannt. Bei den Unruhen sollen mehr als 3.700 Demonstranten festgenommen worden sein. Vom Innenminister erwartet Rohani binnen einer Woche einen detaillierten Bericht und eine lückenlose Aufklärung der Umstände, auch zu den Festgenommenen und zu den 18 während der Proteste Getöteten.

## **Kamerun/Nigeria**

### **Anglophone Krise: Fluchtbewegung nach Nigeria**

Laut UNHCR-Angaben vom 12.01.18 steigt seit Oktober 2017 die Zahl der Menschen, die aus Kameruns anglophonen Gebieten in die angrenzenden nigerianischen Bundesstaaten Benue und Cross River flüchten, an. Bisher registrierte der UNHCR rund 8.100 Flüchtlinge in Cross River und rund 4.000 in Benue.

## **Kolumbien**

### **Regierung setzt Friedensgespräche mit ELN aus**

Nach einem dem Ejército de Liberación Nacional (ELN) zugerechneten Anschlag auf eine Öl-Pipeline am 10.01.18 setzte Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos Friedensverhandlungen mit der Rebellenorganisation aus. Gegenstand der fünften Runde der Gespräche, deren Beginn für den 10.01.18 geplant war, hätte eine Verlängerung der seit Oktober 2017 geltenden und am 09.01.18 ausgelaufenen Waffenruhe sein sollen. Das ELN warf der Regierung vor, die vereinbarte Aufklärung von Morden an Aktivisten und einen Nationalen Dialog nicht eingeleitet zu haben, in dessen Rahmen die Bevölkerung hätte einbezogen werden sollen. Nach dem Friedensschluss mit den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) 2016 ist das ELN die letzte aktive linksgerichtete Rebellenorganisation des Landes.

## **Nigeria**

### **Bauer-Hirten-Konflikt: Etwa 100 Tote seit Silvester**

Seit dem 31.12.17 wurden im Rahmen des Bauern-Hirten-Konflikts in mehreren Bundesstaaten rund hundert Menschen getötet. Die meisten von ihnen, 73 Bauern und Dorfbewohner, starben im Bundesstaat Benue. Sie waren in abgelegenen Dörfern in den Local Government Areas Guma und Logo von Fulani-Hirten getötet worden. Die Toten wurden am 11.01.18 in einem Massengrab in der Hauptstadt Makurdi beerdigt. In Reaktion auf die Vorfälle verlegte das Militär Sondereinheiten in die Bundesstaaten Benue, Taraba und Nasarawa. In Benue war am 01.11.17 ein neues Gesetz in Kraft getreten, das Viehhirten verbietet, als Nomaden durch den Bundesstaat zu ziehen. Bei dem Konflikt zwischen den halbnomadischen Fulani-Hirten und den sesshaften Ackerbauern handelt es sich um einen Streit um Land- und Weiderechte. Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums wurden in den letzten Jahrzehnten die Weiderouten der Hirten zunehmend zugebaut. Auch die vermehrte Wüstenbildung in Nordnigeria veranlasste die Hirten, neues Weideland in südlicheren Gebieten zu suchen.

### **52 Mitglieder der schiitischen Sekte IMN verhaftet**

Am 10.01.18 wurden laut Polizeiangaben 52 Mitglieder der schiitischen Sekte Islamic Movement in Nigeria (IMN) in Abuja während einer Demonstration verhaftet. Mehrere hundert Mitglieder der Organisation befanden sich in der Moshood Abiola Road auf einem von den Behörden nicht genehmigten Protestmarsch für die Freilassung ihres Anführers Scheich Ibrahim El-Zakzaky. Als die Polizei angesetzt habe, die Demonstration unter Einsatz von Tränengas aufzulösen, seien auf die Polizisten Steine geworfen worden. Bereits am 08.01.18 hatten IMN-Demonstranten in Abuja versucht, durch das Haupteingangstor auf das Gelände des Parlaments vorzudringen. Die Polizei verhinderte dies. El-Zakzaky, dessen Gesundheitszustand sich laut Angaben des IMN stark verschlechtert habe, und seine Ehefrau waren während der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen IMN-Angehörigen und dem Militär vom 12. bis 14.12.15 in der Stadt Zaria festgenommen worden. Seither sind sie in Haft. Das Federal High Court in Abuja hatte am 02.12.16 die bedingungslose Freilassung von El-Zakzaky und seiner Ehefrau innerhalb von 45 Tagen verfügt; die Anordnung ist bisher jedoch nicht befolgt worden (vgl. BN v. 05.12.16).

## **Türkei**

### **Militäreinsatz in Syrien**

Vergangene Woche erklärte Staatspräsident Erdogan, die Türkei beabsichtige eine neue Militärintervention in den kurdisch kontrollierten Regionen Syriens. Am 14.01.18 kam es bereits zu Artilleriebeschuss auf kurdische Stellungen in der Nähe der Stadt Afrin. Erdogan sagte, die Türkei werde den im August 2016 begonnenen Militäreinsatz in Nordsyrien „Schutzschild Euphrat“ auf die Regionen Afrin und Manbidsch ausweiten, um Sicherheit und Ruhe an der gesamten Grenze zu gewährleisten.

Mit dem Militäreinsatz „Schutzschild Euphrat“ war die türkische Armee mit von ihr unterstützten Rebellen in die nordsyrische Region um Dscharabulus einmarschiert, um den IS von der türkischen Grenze zu verdrängen. Die Türkei kämpfte zugleich gegen die kurdische YPG, die sie als Ableger der verbotenen PKK betrachtet. Dabei setzte sie sich zwischen den kurdisch kontrollierten Gebieten um Afrin und Manbidsch fest.

### **Streit um Freilassung von Journalisten**

Nach Medienberichten ordnete das türkische Verfassungsgericht am 11.01.18 die Freilassung von zwei prominenten Journalisten aus der Untersuchungshaft an. Das Verfassungsgericht entschied mit knapper Mehrheit, dass eine weitere Inhaftierung die Rechte der Journalisten verletze. Diese Entscheidung wurde in vielen Medien als richtungsweisend bezeichnet. Die zuständigen Strafgerichte in Istanbul lehnten jedoch eine Entlassung nach einer Neubewertung unter Berücksichtigung der Entscheidung der Verfassungsrichter ab. Sie begründeten dies damit, dass das Urteil noch nicht im Amtsblatt abgedruckt sei und so eine formelle Unstimmigkeit bestehe.

### **Tunesien**

#### **Proteste gegen Preis- und Steuererhöhungen**

Seit mehreren Tagen protestieren viele Menschen in mehreren Orten gegen steigende Preise und Steuererhöhungen. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit den Sicherheitsbehörden. In der Stadt Tebourba starb am 08.01.18 ein Mann, als die Sicherheitskräfte Tränengas einsetzten, um zu verhindern, dass Jugendliche ein Regierungsgebäude anzünden. Bei den Protesten wurden bisher dutzende Menschen verletzt und rund 800 festgenommen. Am 13.01.18 hat die Regierung angekündigt, die Hilfsprogramme um 60 Millionen Euro aufzustocken und damit rund 250.000 Familien zu unterstützen.

### **Zentralafrikanische Republik**

#### **Zehntausende fliehen vor Kämpfen im Nordwesten**

Seit Ende Dezember 2017 sind schätzungsweise 58.000 Menschen vor Kämpfen zwischen den Rebellengruppen Mouvement national pour la libération de la Centrafrique (MNL) und Révolution et Justice (RJ) aus dem Umland in die Stadt Paoua im Nordwesten geflohen, weitere 5.000 in den benachbarten Tschad. Flüchtlinge berichteten von weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen durch die Kämpfenden in Dörfern entlang der offiziell geschlossenen Grenze zum Tschad. Laut UNHCR verschlechterte sich in der zweiten Jahreshälfte 2017 die humanitäre Lage in der Zentralafrikanischen Republik deutlich. Die Gesamtzahl der Binnenflüchtlinge sei von 400.000 im Mai 2017 auf 600.000 zum Jahresende gestiegen.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing-Notes  
ivs-anfragen@bamf.bund.de